

Rückblick:

Seit Beginn der 1990er Jahre arbeiten Jugendverbände, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, Schulen, antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen in der Stadt Herzogenrath zusammen im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Der Rat der Stadt Herzogenrath verabschiedete am 29.09.2000 einstimmig den **Herzogenrather Appell**:

„Der Rat der Stadt Herzogenrath ist sich bewusst, dass in unserer Gesellschaft Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Religion, ihrer Nationalität oder Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Identität, ihres Alters, ihrer Behinderung, ihrer sozialen Stellung oder ihrer persönlichen Umstände ausgegrenzt oder benachteiligt werden.

Der Rat der Stadt Herzogenrath stellt fest, dass diese Diskriminierung im Widerspruch zu dem im Artikel 3 Grundgesetz garantierten Gleichbehandlungsgebot steht und verpflichtet sich daher, im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jede Art von Diskriminierung in der Stadt entgegenzuwirken.

Darüber hinaus fordert der Rat der Stadt Herzogenrath alle Herzogenrather Bürgerinnen und Bürger sowie alle in Herzogenrath ansässigen Unternehmen, Betriebe, Behörden, Institutionen, Vereine und Verbände auf, sich dieser Selbstverpflichtung anzuschließen.“

Der Herzogenrather Appell wurde von über 3.000 Bürgern unterzeichnet und damit das Herzogenrather Bündnis gegen Rechtsextremismus begründet. Am 24. März 2001 versammelten sich 4.000 TeilnehmerInnen aus Herzogenrath und Umgebung und konnten mit dieser eindrucksvollen Großkundgebung den Aufmarsch neonazistischer Gruppen in unserer Stadt verhindern.

Bürgermeister Gerd Zimmermann wandte sich mit diesen Worten an die Herzogenrather Bürger*innen: „Wenn alle zusammen überlegen, wie man den Tenor des Herzogenrather Appells mit Leben füllen kann, bin ich davon überzeugt, dass unsere Stadt das bleibt, was sie immer war, nämlich eine tolerante und weltoffene Stadt mitten in einem zusammenwachsenden Europa, in der Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus keinen Platz haben werden.“

In diesem Geist arbeitet das im Jahr 2024 neu begründete Bündnis gegen Rechtsextremismus weiter.